

Die Knappschafftsberufsgenossenschaft 1931.

Die Knappschafftsberufsgenossenschaft hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1931 veröffentlicht. Es unterstanden ihr im Berichtsjahr 1183 Betriebe mit 537 507 Versicherten. Davon entfielen auf den:

Betriebe	Versicherte
Steinkohlenbergbau	228 399 876
Braunkohlenbergbau	314 80 957
Erzgruben und Metallhütten	189 29 777
Salzbergbau und Salinen	110 20 862
Andere Mineralgewinne	347 6 035

Die gesamte Lohnsumme belief sich auf 1 172 255 915 M. oder auf den Kopf eines Versicherten auf 2180,91 M. Auf die einzelnen Bergbauarten entfielen folgende Summen:

	Insgesamt	je Person
Steinkohlenbergbau	875 618 585 M.	2 189,72 M.
Braunkohlenbergbau	180 597 218 "	2 230,78 "
Erzgruben und Metallhütten	54 907 955 "	1 843,97 "
Salzbergbau und Salinen	50 178 499 "	2 405,16 "
Andere Mineralgewinne	10 958 658 "	1 815,85 "

An entschädigungspflichtigen Unfällen, einschließlich Wegeunfällen und Berufskrankheiten ereigneten sich 8657 gegenüber 11 957 im Jahre 1930. Auf 1000 Versicherte = 16,11, im Vorjahre 17,87. Von den entschädigungspflichtigen Unfällen waren 1118 tödlich, auf 1000 = 2,08. In dieser Summe liegen ebenfalls die Wegeunfälle, wie auch die auf Berufskrankheiten zurückzuführenden Todesfälle, die sich auf 181 belaufen. Die 1118 tödlich Verunglückten bzw. an Berufskrankheiten Verstorbenen hinterließen 1090 Witwen, 1652 Kinder bzw. Enkel und 39 Verwandte aufsteigender Linie.

Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle aus der Zeit von 1885-86 bis 1925 betrug 50 574, die zu zahlende Entschädigungssumme 25 566 590 M. Es kamen an Unfällen und Berufskrankheiten hinzu:

1926	3 667 = 2 214 282 M. Entschädigung
1927	4 637 = 2 835 760 M. "
1928	5 390 = 2 968 593 M. "
1929	7 720 = 4 808 837 M. "
1930	10 271 = 6 934 539 M. "
1931	8 655 = 4 125 823 M. "

Demnach betrug die Zahl der entschädigten Unfälle Ende 1931: 90 914, die Entschädigungssumme 49 454 427 M. In dieser Zahl liegen nur die tatsächlichen Rentenleistungen und die von anderen Berufsgenossenschaften überwiesenen Unfälle.

Die Zahl der Bescheide belief sich im Berichtsjahr auf 36 729. Im Vorjahr waren es 50 414. Von den erlassenen Bescheiden wurden 12 059 durch Berufungen angefochten = 32,83 Prozent. Die Berufungen hatten in 2053 Fällen = 5,59 Proz. den Erfolg,

daß sie vom Knappschafftsoberversicherungsamt oder durch Vergleich geändert wurden. Neben diesen 12 059 eingelegten Berufungen kamen noch 6051 aus dem Vorjahr, so daß 18 110 zur Entscheidung standen. Erledigt wurden 12 723, durch Zurücknahme und auf andere Weise 2828, durch Vergleich 1567, durch Entscheidungen zugunsten der Berufsgenossenschaft 7842, zu ihren Ungunsten 486. In das neue Jahr mußten 5387 als unerledigt übernommen werden.

Rekurse beim Reichsversicherungsamt wurden 1308 eingelegt, 694 wurden aus dem Vorjahr übernommen. Von den eingelegten Rekursen stammten 86 vom Genossenschaftsvorstand und 1222 von den Berufungslägern. Entschieden wurden zugunsten der Genossenschaft 197, zu ihren Ungunsten 16. An die Vorinstanzen wurden fünf zurückverwiesen. Durch Verfügung wurden zugunsten der Genossenschaft 684, zu ihren Ungunsten 0 erledigt und 8 ebenfalls an die Vorinstanz zurückverwiesen. Auf andere Weise wurden 90 aus der Welt geschafft, so daß immer noch 1057 als unerledigt am Jahreschluß in das neue Jahr übernommen werden mußten.

Der besondere Senat für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt, der über Berufungen gegen Ablehnungsbescheide in Rückwirkungsfällen zu entscheiden hat, hatte 4463 Fälle zur Entscheidung vorliegen. 4097 waren aus dem Vorjahr übernommen, 366 waren neu hinzugekommen. Durch Entscheidung wurden 36 erledigt, durch Verfügung 2753. Davon fielen 30 durch Entscheidung und 2739 durch Verfügung zugunsten der Genossenschaft und 5 durch Entscheidung und 10 durch Verfügung zugunsten der Genossenschaft aus. Ein Fall wurde durch Entscheidung, vier Fälle durch Verfügung an die Vorinstanzen zurückverwiesen. Anerkannt wurden 188 Fälle, 168 wurden durch Zurücknahme oder auf andere Weise erledigt, 1318 mußten als unerledigt für 1932 zurückgestellt werden.

Die Kosten für die Knappschafftsoberversicherungsämter beliefen sich auf 586 689 M. Auf die Gerichtshaltung entfielen davon 358 317 M. Auf den Einzelfall kommen somit 49,09 M. Davin sind enthalten an Gerichtshaltungskosten 29,81 M. Im Vorjahr betragen die Kosten je Einzelfall 62,37 M. einschließlich 37,59 M. Gerichtshaltungskosten. Die Kosten beim Reichsversicherungsamt einschließlich der Kosten für den Senat für Berufskrankheiten betragen 42 445 M.

In 26 Fällen wurde dem Antrag der Verletzten auf Abfindung ihrer Unfallrente zum Erwerb von Grundbesitz stattgegeben. 1930 entsprach nur 82 Anträgen. Im Berichtsjahre haben sich zwei große Schlagwetterexplosionen ereignet. Auf Grube Schmeiser Reserve am 21. Februar wurden 32 Knappen getötet und 37 verletzt, auf Zeche Mont Cenis am 19. Oktober zählte man 17 Tote und 27 Verletzte.

Die Zahl der wegen Berufskrankheiten erhobenen Ansprüche betrug 2428. Hiervon stand die Stütze mit 1970 Fällen an

erster Stelle. Seit Inkrafttreten der zweiten Verordnung über Berufskrankheiten vom 11. Februar 1920 bis Ende 1931 belief sich die Zahl der gemeldeten Stützefälle auf 18 958. Entschädigt wurden ganze 3646 = 19,23 Proz. Von den gesamten gemeldeten Stützefällen waren 17 956 sogenannte Rückwirkungsfälle, wovon 3250 = 18,10 Prozent entschädigt werden. An zweiter Stelle kommt die Erkrankung der Muskel, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen, wo in 77 Fällen ein Anspruch geltend gemacht wurde. An vier Erkrankungen wurden an Kohlenoxydvergiftungen 4 Fälle entschädigt. Die Umlage stellte sich auf 65 700 910 M. Gegenüber dem Vorjahr ist ein kleiner Rückgang festzustellen. Hiervon entfielen auf die Unfallentschädigung 58 659 211 M., auf die Unfalluntersuchungen, Feststellung der Entschädigung und Ueberwachung der Rentenempfänger 1 57 625 M., die Kosten des Verfahrens, wie schon erwähnt, betragen 645 460 M., die Kosten der Unfallverhütung 522 158 M., der Finanzdienst, Heil- und Pflegeanstalten erforderten 1 017 731 M. und Verwaltungskosten mußten 2 333 500 Mark aufgebracht werden. Es kommen noch einige andere Beträge hinzu, so daß die Gesamtumlagen den oben genannten Beträgen ergeben. Gemessen an der Lohnsumme beträgt die Umlage in Prozenten gerechnet 5,60 Proz. Hier zeigt sich gegenüber 1931 folgende Veränderung. Der Prozentsatz betrug:

1913	2,25 Proz.
1926	3,16 Proz.
1927	3,00 Proz.
1928	3,17 Proz.
1929	3,20 Proz.
1930	4,16 Proz.
1931	5,60 Proz.

Diese Steigerung kann aber nicht als ein den Bergbau stark belastender Faktor gewertet und verdient nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es kommt nicht auf die Lohnsumme es kommt auf die Fördermenge an!

Im übrigen geht der Bericht, der sehr übersichtlich gehalten ist, noch auf die Mitwirkung der Knappschafftsberufsgenossenschaft bei der Bekämpfung und Verhütung der Unfallgefahren, der Grubenrettungswesen usw. ein.

Das vom Genossenschaftsvorstand geschaffene Ehrenzeichen zur Anerkennung besonderer Verdienste um die Unfallverhütung wurde im Laufe des Jahres 174 Personen, die Ehrenurkunde 20 Personen verliehen.

Hermann Müller (Sichtenberg) gestorben

Der einstige stellvertretende Vorsitzende des ADGB., Hermann Müller, ist am 13. November plötzlich und unerwartet gestorben. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verlor in kurzen Zeiträumen ihre besten Kämpfer der alten Garde. Nach Kub und Umbreit nun auch Hermann Müller. Obwohl der verstorbene Freund in letzter Zeit zu erkennen gab, daß er sich zur Ruhe legen wollte, ist der plötzliche Tod überaus bedauerlich.

Hermann Müller hat ein Alter von 64 Jahren erreicht. Er war von Beruf Lithograph und in seiner Berufsorganisation jahrzehntelang tätig. Von 1898 bis 1900 war er Redakteur am Bodumer Parteiblatt. Im Jahre 1900 folgte er einem Rufe nach Bremen als Arbeitersekretär, wo er mit Friedrich Ebert zusammenarbeitete. Im Jahre 1905 wurde er in das von der Generalkommission der Gewerkschaften geschaffene Arbeitersekretariat berufen. 1922 trat er in die Redaktion des „Correspondenzblattes“ (der heutigen „Gewerkschafts-Ztg.“) ein. 1924 wurde Müller vom Bundesvorstand zum stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB. gewählt. Er war der geborene Sozialpolitiker. Durch mehrere Schriften versuchte er, dieses überaus wichtige Gebiet zu verteidigen und den Arbeitern näherzubringen. Nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Sozialpolitiker wurde er von den deutschen Gewerkschaften als Vertreter in die Internationale Arbeitsorganisation entsandt. Seit 1924 war er ununterbrochen der stimmführende deutsche Arbeitervertreter auf der Internationalen Arbeitskonferenz. Er war Mitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts und vertrat die Internationale Arbeitsorganisation im Völkerbundsausschuß für Flüchtlingswesen sowie in dem Beratenden Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes. Ueberall hat er seinen Mann gestanden. Sein Rat wird im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation entbehrt werden. Die Arbeiter der ganzen Welt werden ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren. Die deutschen Gewerkschaftskollegen gedenken ihres verstorbenen Freundes über das Grab hinaus!

Präsidentenwechsel in Amerika.

Wird Roosevelt sein Versprechen halten?

Der bisherige Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hoover, ist von seinem Gegner Roosevelt überlegen geschlagen worden. Frank Roosevelt, der in den nächsten vier Jahren als Staatsoberhaupt und als Chef der Regierung das Schicksal der Vereinigten Staaten weitgehend bestimmen wird, hat im Wahlkampf wichtige konkrete Versprechungen abgegeben, nämlich das der Einführung einer Arbeitslosenversicherung und das einer staatlichen Altersfürsorge. Dank diesem sozialreformerischen Programm hat Roosevelt einen beispiellosen Wahlsieg errungen, denn bei der offiziellen Wahl des amerikanischen Präsidenten Anfang 1933 werden 472 Wahlmänner für ihn stimmen, dagegen nur 59 für Hoover, der auch diesmal trotz der schweren Krise an der typischen reaktionären kapitalistischen Einstellung festhielt und weitgehende sozialpolitische Reformen ablehnte.

Hält Roosevelt sein Wahlversprechen, dann kann seine Wahl zu einem Wendepunkt in der wirtschaftspolitischen Geschichte Amerikas werden. Die soziale Fürsorge liegt in Amerika sehr im argen. Umfassende sozialpolitische Reformen sind vom offiziellen Amerika immer mit der Begründung abgelehnt worden, daß jeder für sich selbst zu sorgen habe, der Staat nicht zugunsten gewisser Schichten eingreifen dürfe. Als Hoover derartige Ansichten 1928 vertrat, schabete es seiner republikanischen Partei nicht weiter, denn damals glaubten alle an die ewige Prosperität, hatten die meisten Sonntags ihr Fuhr im Topf und ihr Auto in der Garage, hofften alle auf einen weiteren sozialen Fortschritt. Doch jetzt, angesichts von mehr als zehn Millionen Arbeitslosen, mußte die Partei im Wahlkampf siegen. Die sich mutig zur Sozialpolitik bekant. Das tat die demokratische Partei, die somit wiederum bis zu einem gewissen Grade zur Partei des Fortschritts geworden ist. Ob aber die demokratische Partei dies Wahlversprechen halten wird, das erscheint heute noch fraglich. Die amerikanischen Parteien sind nicht Parteien im Sinne der europäischen, sondern Parteien im amerikanischen Sinne, die nur historisch erklärt und verstanden werden können und in sich heute die verschiedensten Interessengruppen vereinen.

kapitalismus als Voraussetzung gelten müsse für den steten Weitergang des Wirtschaftslebens.

„Richtig! Aber um nicht abzuschweifen: In der Planwirtschaft wird Profit und Gewinn erzielt, weil sich darin das Barometer verfährt, an dem man ablesen kann, ob der Betrieb auch ordnungsgemäß geführt und geleitet wurde. In der Geld- und Tauschwirtschaft, in der entwickelten Form von heute, gibt es nämlich keine andere Kontrollmöglichkeit der Wirtschaftsführung, als der Verlust- oder Gewinnaussweis in der Bilanz.“

Das ist eigentlich richtig. Aber nun sage einmal, was denn in der Planwirtschaft die Initiative zum Wirtschaften werden soll, das heißt, was in der Planwirtschaft als Triebkraft für die Aufrechterhaltung und Verbreiterung sowie stete Fortentwicklung der Warenherstellung wirken wird?“

„Ach, du meinst, weil in der Planwirtschaft der Profit nicht Privateigentum der Leitung ist, daß diese keinen Anreiz empfindet, die Wirtschaft immer höher und immer weiter vorwärts zu treiben?“

„So ungefähr.“

„Um — diese Frage entspringt eigentlich der kapitalistischen Wirtschaftsanschauung, für die der Profit im Mittelpunkt von allem Wirtschaftsinteresse steht. Die also auch glaubt, daß, wenn kein Profit mehr gemacht werden kann, auch kein Interesse mehr für das Wirtschaften besteht. Die Leute vergessen aber, daß die Planwirtschaft ja auf den Bedarf eingestellt wird und auch ganz von der Seite des Bedarfs an Waren für die Versorgung der Menschen ihre Regulierung findet.“

„Ach, da sind wir wieder bei der Statistik angelangt, an Hand deren die Produktion und Warenverteilung geregelt werden soll.“

„Das ist nicht ganz so zu verstehen. Gewiß wird diese Statistik immer ein notwendiger und wertvoller Bestandteil der Planwirtschaft sein. Aber ich sagte ja schon in unserem letzten Gespräch, daß sie nur Vorbedingung einer Planwirtschaft sein wird zu dem Zweck, von einer zentralen Stelle aus helfend und beratend innerhalb der gesamten Volkswirtschaft eingreifen zu können. Die eigentliche Wirtschaftsgestaltung aber wird nach wie vor von der Leitung der Einzelunternehmen abhängen.“

„Das ist ja, worüber wir streiten. Diese Leitung in der Planwirtschaft findet nicht durch Profit ihren Anreiz, da derselbe ja nicht, wie in der freien Wirtschaft, der Leitung gehört. Wenn deshalb für sie der Bedarf als Gradmesser der notwendigen Warenherstellung dienen soll, dann kann das doch auch nur auf Grund von Statistiken möglich sein.“

„Das gilt nur zum Teil. Der Bedarf an Waren ist sich ja nicht immer gleich. Man kann statistisch nur einen normalen Durchschnittsbedarf errechnen. Der wirkliche Bedarf aber ergibt sich erst auf Grund der tatsächlichen Nachfrage nach Waren. Und die Nachfrage ist abhängig davon, ob die Masse der Arbeiter und Angestellten viel oder wenig Geld zum Kaufen hat.“

„Aha — das heißt wohl das gleiche, als ob man sagte, daß die Nachfrage und der Bedarf davon abhängig ist, ob starke oder schwache Kaufkraft besteht?“

„Sehr richtig! Kaufkraft ist das Geld in den Taschen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, mit dem sie Waren kaufen können für ihre Bedarfsdeckung, das heißt zum Verzehr und zum Verbrauch.“

„Und nun meinst du wohl, daß in dieser Kaufkraft dieselbe Zauberwirkung steckt zur Aufrechterhaltung und zum Fort- und Weitertrieb der Planwirtschaft, wie sie in der freien Wirtschaft im Profit enthalten ist?“

„Jawohl, das meine ich. Die Planwirtschaft wird deshalb grundsätzlich und in erster Linie auf die Stärkung der Kaufkraft eingestellt sein im Gegensatz zu der freien Wirtschaft, die grundsätzlich nur in erster Linie auf die Erhöhung des Profits für den Privatunternehmer abzielt. Und die Leitung planwirtschaftlicher Unternehmen oder Industrien, die in erster Linie auf Stärkung der Kaufkraft hinarbeitet, wird ja dann durch die verstärkte Kaufkraft, das heißt durch die dadurch wachsende Nachfrage nach Waren, von selbst getrieben, ihr Unternehmen zu verbreitern und weiter zu entwickeln, weil sie ja verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß sie sozial Waren herzustellen in der Lage ist, wie von den Menschen beim Einkauf verlangt werden.“

„Das klingt alles so einfach und selbstverständlich, daß man eigentlich meinen sollte, wenn das tatsächlich so durchzuführen wäre und solche segensreiche Wirkung erzeugen könnte, daß dann auch schon die Privatunternehmer nach dieser Methode handeln würden.“

Der Gedanke ist nicht übel. Aber so einfach die Sache klingt und, nebenbei gesagt, auch tatsächlich ist, so gibt es doch für die Privatunternehmer ein unübersteigbares Hindernis, nach dieser Methode zu wirtschaften, selbst wenn sie persönlich dazu bereit wären.“

„Na — das scheint mir aber doch etwas sonderbar.“

„Und doch wirst du wieder gleich verstehen. Hast du schon darüber nachgedacht, warum wir wohl mit der Forderung der Planwirtschaft auch gleichzeitig die Forderung der Verstaatlichung, wenigstens der Haupt- oder Schlüsselindustrien, erhoben haben?“

„Nun, doch wohl deshalb, weil die Privatunternehmer es ablehnen, unsere Forderung, nach planwirtschaftlichen Grundlagen zu handeln, durchzuführen.“

„Damit triffst du erst die halbe Ursache. Wir fordern die Verstaatlichung nicht nur, weil die Unternehmer unsere Forderung nicht durchführen wollen, sondern weil in der freien Privatwirtschaft die Unternehmer gar nicht planwirtschaftlich handeln können.“

„Ich weiß, daß du recht hast. Aber um ehrlich zu sein, muß ich sagen, daß, wenn ich selbst die Begründung dafür geben soll, warum die Privatunternehmer einfach nicht planwirtschaftlich handeln können, selbst wenn sie wollten, mir das nicht möglich ist.“

„So? Aber dann müßten wir uns eigentlich doch einmal etwas darüber unterhalten, weil ja in dieser Begründung die eigentliche Beweisführung für die Berechtigung unserer sozialistisch-planwirtschaftlichen Auffassung liegt. Ich würde also vorschlagen, daß wir dann beim nächsten Male das Gespräch nicht über Planwirtschaft weiterführen, sondern zuerst eine Unterhaltung einschalten über das innere Wesen des Privatkapitalismus selbst.“

Vielleicht würdest du erlauben, daß ich hierzu einen Arbeitskollegen mitbringe, der christlich organisiert ist und nicht gelassen lassen will, daß der Kapitalismus unbedingt Klassenkampf erzeugen muß und nicht planvoll geleitet werden kann. Vielleicht siehst du mit solch einem Beisitzer des Privatkapitalismus leichter diskutieren.“

„Der Einfall ist gut, also bringe diesen Arbeitskameraden beim nächsten Male mit.“

„Na — auf die Unterhaltung freue ich mich aber tatsächlich.“

Wurden durch den Verband Fortschritte erkämpft?

Wie es früher im Bergbau ausah. Den Unorganisierten ins Stammbuch.

1.
Wenn man die unorganisierten Bergarbeiter und die gewerkschaftsgegnerischen Kritiker hört, dann ist nichts erreicht worden, dann ist der Organisationsbeitrag überflüssig, dann sind die Gewerkschaftsführer „Verräter“ usw. Würden jedoch alle diejenigen, die den Organisationsgedanken ablehnen und eine üble Hege gegen die Gewerkschaftsfunktionäre betreiben, sich einmal die Mühe machen, die Geschichte ihres Berufes zu studieren, dann würden ihre Anklagen sehr bald verstummen. Denn wenn auch die gegenwärtigen Verhältnisse alles andere als günstig zu bezeichnen sind, wenn auch die Bergarbeiter unter dem Druck der furchtbaren Krise und der erstarrten Reaktion manche soziale Errungenschaft preisgeben mußten, so ist doch ein Vergleich mit den früheren Zuständen in den Gruben äußerst lehrreich.

Ein Blick auf die erbärmlichen Lebensverhältnisse der Bergarbeiter in früherer Zeit zeigt nämlich, wieviel erreicht wurde

3,10 M. pro Tag. Ein Bergmann in Oberschlesien schafft pro Mann einen jährlichen Wert im Betrage von 2822 M. Davon erhält er an Lohn 877 M. Die Kohlen sind in der letzten Zeit um 1 M. verteuert worden, der Lohn ist aber abgebaut worden, und das sogar bis auf 1,50 M. pro Tag!

Ebenso sind die Arbeitsverhältnisse sehr schlecht. Beschwert sich jemand darüber, so heißt es gleich: „Wenn das nicht paßt, der kann gehen!“ Zu dem horrenden Ueberfluß, den der Bergmann dem Kapital jährlich verschafft, will ich Ihnen ein kleines Gegenstück anführen. Es betrifft die Unterstühung, die jemand bezieht, wenn er krank ist. Die monatlichen Kassenbeiträge schwanken zwischen 2,50 und 4,50 M. und zerfallen in fünf Klassen. Dafür bekommt die Familie, wenn das Mitglied ins Krankenhaus kommt, 30 Pf. pro Tag. Bei einem Beitrag von 4,50 M. steigt der Zuschuß auf 1,10 M. pro Tag.

Die Erzbergarbeiter sind nicht viel besser daran als wir im Kohlenbergbau. Die Schichtdauer ist, mit Ausnahme von drei Gruben, eine zwölfstündige, d. h., wir müssen zwölf Stunden in der Grube sein. Die Erzbergleute haben achttündige Schicht, aber überall schlechte Luft und schlechte Arbeitsverhältnisse. Der Lohn im Erzbergbau beträgt im Durchschnitt nur 1,60 M. pro Schicht. Dafür muß der Erzbergmann acht Stunden schuften.

Kann der Bergmann nicht mehr arbeiten, so bekommt er eine Pension. Wie es aber damit aussieht, werden Sie aus folgendem ersehen: Mein Vater hat 25 Jahre bei Herrn von Winkler geschuftet und ist während dieser Zeit dreimal verletzt. Meine Mutter bekommt eine Witwenpension von 2,15 M. monatlich! Die bestehenden Pensionsklassen zählen bei einer Arbeitsdauer bis zu fünf Jahren 8 bis 12 M. monatlich, von fünf bis zehn Jahren 12 bis 15 M., bei mehr als fünfzehn Jahren tritt eine Pension von 12 bis 24 M. monatlich ein. Damit muß sich der Bergarbeiter abfinden. Aber die Sache hat noch einen Haken: Ob und wie hoch die Pension gewährt wird, hängt von dem ärztlichen Urteil ab. Wie es damit aussieht, können Sie sich wohl vorstellen.

Die Deputatlohn wird ebenfalls erst nach dreimonatiger Arbeit gewährt. Die Herren Bergwerksbesitzer wissen ganz genau, daß ein Bergmann nur selten drei Monate aushält.

Wenn er dann wieder weiterzieht, muß er auf einer anderen Stelle wieder drei Monate ohne Deputatlohn arbeiten.

Die Behandlung der Leute läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. In der Grube Königshütte werden die Leute wie Suchthäuser behandelt. Die Leute arbeiten dort im Altkorb, aber wenn der Lohntag kommt, dann wissen sie nicht, ob das Geld Schicht- oder Altkorbidlohn ist. Außer der Altkorbarkeit muß Extrarbeit geleistet werden, die sie nicht bezahlt erhalten.

Auch haben wir sehr durch die Parteilichkeit der Behörden zu leiden. Dieselben verraten unsere Mitglieder an die Grubenverwaltungen. (Hört, hört!) In letzter Zeit, wo unser Verband Fortschritte gemacht hat, haben wir alle acht Tage Haussuchungen. Sie wollen natürlich die Leute nur bangemachen, denn finden tun sie nichts. Aber trotzdem wird es vorwärts gehen. Wie es bei uns zugeht, mögen Sie aus folgendem ersehen: Ich habe vor einiger Zeit an einen Berggrat geschrieben, er möchte wegen allerlei Mißstände die Grube Königshütte untersuchen. Dieser Berggrat schickte meine Beschwerde an die Grube zurück und untersuchte die Grube nicht. (Hört, hört!) Er war, wie sich herausstellte, nicht der zuständige Berggrat, aber er hätte ja entweder die Beschwerde an mich zurücksenden können oder aber dieselbe seinem zuständigen Kollegen übermitteln müssen. Statt für bessere Zustände in den Gruben zu sorgen, schickte er jedoch meinen Brief an die Direktion. Die letztere schrieb mir am 24. März folgenden Brief:

„Ihr an Herrn königlichen Berggrat in Zabrze gerichteter Brief vom 20. d. M. ist der Unterzeichneten übergeben worden, den wir an den zuständigen königlichen Bergrevierbeamten zu Königshütte zur Kenntnis geben. Wenn unsere Leute fortfahren, in etwaige Beschwerden anstatt auf dem durch die Arbeitsordnung vorgeschriebenen Wege durch Sie verfolgen zu lassen, so werden sie sich für die Folgen bei Ihnen zu bedanken haben. Einmischungen unbeteiligter Dritter in unseren Betrieb dulden wir nicht.“

Hochachtungsvoll!

Die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-WG.

Ich glaube aber, daß solche Antworten für uns besser agitieren, als alles andere. Solche Machenschaften werden für uns nur ein Ansporn sein zu weiterer rastloser Arbeit. (Bravo!) —

So weit die Ausführungen des ober-schlesischen Delegierten auf der Generalversammlung unseres Verbandes im Jahre 1902. Sie werfen ein charakteristisches Licht auf Verhältnisse, die damals im ober-schlesischen Bergbau herrschten. In den folgenden Abhandlungen sollen die Vertreter anderer Bergbaureviere zu Worte kommen.



und daß die Arbeiterschaft trotz aller Rückschläge noch manches zu verlieren hat. Nur ein gesteigerter Organisationswille vermag die bedrohten Rechte erfolgreich zu verteidigen und neue Fortschritte zu erzielen.

Zum Beweis hierfür bringen wir in mehreren Artikeln einige Auszüge aus alten Protokollen unseres Verbandes. Dabei kommen die Kumpels aus den Betrieben zu Worte. Als ersten lassen wir einen ober-schlesischen Kameraden sprechen, der als Delegierter an der 13. Generalversammlung unseres Verbandes, die im Jahre 1902 in Essen stattfand, teilnahm und u. a. folgendes ausführte:

„Kameraden! Der ober-schlesische Bergbau lieferte im Jahre 1901 25,2 Mill. T. Kohlen. Beschäftigt waren etwa 84 000 Arbeiter. Der Lohn des ober-schlesischen Bergmanns beträgt

Vorwärts — heißt unsere Parole!

Auftakt zur Werbearbeit im Ruhrgebiet.

Als Auftakt für die Werbearbeit in den kommenden Wochen veranstalteten die Geschäftsstellen Hamburg und Oberhausen am 20. November eine größere Funktional-Konferenz. Das grundlegende Referat hielt der zweite Verbandsvorsitzende Kamerad Schmidt. Er setzte sich zunächst mit den Gegnern des Verbandes auseinander und legte dann, nachdem er die Erfolgsarbeit des Verbandes geschildert hatte, die wichtigsten Gegenwartsaufgaben dar. Dabei führte er unter anderem aus:

Solange es Gewerkschaften gibt, wurden diese angefeindet. Bei diesen gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen standen die reaktionären Machenschaften der Unternehmer an erster Stelle. Es ist auch selbstverständlich und liegt im Wesen der Gewerkschaften, daß die Arbeitgeber die stärkste Abneigung gegen die organisierte Selbsthilfe

der deutschen Arbeiterschaft bekunden. Dabei durften die Arbeitgeber im Bergbau nicht zurückbleiben. Sie beanspruchten wohl für sich als erste das Recht, eine Organisation der Arbeitgeber zu schaffen, aber mit allen Mitteln versuchten sie immer wieder,

die Arbeiterschaft daran zu hindern. Die brutalsten Mittel waren ihnen dabei gut genug, um den Zusammenschluß der Bergarbeiter zu schwächen. Wer erinnert sich nicht der Hunderte von Entlassungen und Maßregelungen von Verbandsfunktionären und Mitgliedern im Ruhrbergbau und auch der anderen Bergbaureviere während der Vorkriegszeit! Wer kennt nicht das Schwarze-Liste-System aus den Jahren 1907-08, wodurch rund 6000 Verbandskameraden jede Arbeitsmöglichkeit genommen wurde! Sie waren, wenn sie sich offen zur Organisation bekannten, entrechtet und gedächelt. Keine Zeichenverwaltung durfte die Gemahregelten in Arbeit nehmen, oder sie erhielt dafür eine sehr hohe Geldstrafe.

Heute glauben die Arbeitgeber des Bergbaues im Zeichen der Wirtschaftskrise, ähnliche Schwächungstendenzen wiederholen zu dürfen. Die organisierte Arbeiterschaft wird vielfach systematisch zu schwächen versucht, indem man durch persönliche und materielle Unterstützung die wirtschaftsfriedlichen gelben Werkvereine und die Nazi-partei hochzuzüchten versucht. Eine ganze Anzahl von Bergwerksdirektoren sind eifrige Förderer und Propagandisten dieser Vereinigungen. Man findet sie in den

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malik-Verlag.

Lange Zeit verging, ehe Hal einen freien Tag bekam, der in die Eintönigkeit seiner Stallarbeit ein wenig Abwechslung brachte. In der Ventilation des Schachtes Nr. 2 war etwas in Unordnung geraten; Hal wurde zuerst durch heftige Kopfschmerzen darauf aufmerksam gemacht, außerdem murrten die Arbeiter darüber, wie trüb ihre Lichter brannten. Als die Sache dann ernst zu werden begann, kam der Befehl, die Maultiere nach oben zu schaffen.

Auf diese Art standen Hal einige freie Stunden zur Verfügung, und da er noch jung und voll müßiger Neugierde war, kletterte er die Canonwand hinauf, um die Berge zu sehen. Als er im Abenddämmern wieder herunterstieg, kam für ihn ein helles Stückchen Farbe in das eintönige Bild des Grubenlebens; er befand sich plötzlich in jemandes Hof, und jemandes Tochter, die eben Wäsche von der Leine nahm, betrachtete ihn voller Interesse. Eine schöne Mädchengestalt, groß und kräftig, mit rotgoldenen Haar und den klaren, irischen Gesichtsfarben, die die Natur zur Belohnung jenen verleiht, die an Orten leben, wo es immer regnet. Sie war der erste schöne Anblick, der sich Hals Augen bot, seit er den Canon hinaufgestiegen, und es war ganz natürlich, daß sie ihn interessierte.

„Hallo!“ sagte sie mit warmer, unverkennbar irischer Stimme. „Hallo, Sie selbst!“ erwiderte Hal in dem angenehmen Dialekt; dann fügte er etwas förmlicher hinzu: „Verzeihen Sie, daß ich hier in Ihren Wäschehof eingedrungen bin.“ Ihre großen, grauen Augen weiteten sich: „Gehen Sie weiter“, sagte sie.

„Ich möchte lieber bleiben“, meinte Hal. „Es ist ein so schöner Sonnenuntergang.“ „Wer sind Sie?“ fragte sie plötzlich. „Ich heiße Joe Smith und bin Stallknecht in Nr. 2.“ „Und was haben Sie dort oben getrieben, wenn man fragen

darf?“ Sie hob die grauen Augen zu der kalten Bergwand empor, die er vorhin, von Steinen und Geröll begleitet, herabgekommen war.

„Ich habe mein Reich betrachtet.“ „Ihr — was?“ „Mein Reich. Das Land gehört der Gesellschaft, die Landschaft gehört jedem, der sie liebt.“

Sie warf den Kopf ein wenig zurück. — „Wo haben Sie so sprechen gelernt?“

„In einem andern Leben — bevor ich Stallknecht wurde. Nicht alles vergessend, von Wolken der Herrlichkeit begleitet, kam ich hierher!“

Einen Augenblick kämpfte sie mit seinen letzten Worten, dann erschien ein Lächeln auf ihrem Gesicht: „Freilich, das klingt wie aus einem Gedichtbuch. Sagen Sie noch etwas.“

„D — singe fort, so süß und fein!“ zitterte Hal auf deutsch und sah einen Ausbruch der Verwunderung auf ihrem Gesicht.

„Sind Sie nicht Amerikaner?“ fragte sie; er aber lachte. Es war im Nordtal kein Zeichen von Kultur, eine fremde Sprache zu reden.

„Ich habe es den Leuten bei Remintski abgelauscht“, sagte er gleichsam entschuldigend.

„Oh! Essen Sie dort?“ „Ich gehe dreimal am Tag hin, kann aber nicht behaupten, daß ich viel esse. Könnten Sie von fettigen Bohnen leben?“

„Freilich nicht“, lachte das Mädchen. „Die braven alten Kartoffeln sind mir gut genug.“

„Ich hätte gemeint, Sie lebten von Rosenblättern.“ „Hören Sie doch auf, Sie haben wohl den Blarneystein* geküßt?“

„Ich werde meine Küsse nicht an einen Stein verschwenden.“ „Sie werden zu dreißt, Herr Smith, ich will Sie nicht länger anhören.“ Sie wandte sich ab und nahm geschäftig die Wäschestücke von der Leine. Hal jedoch wollte sich nicht vertreiben lassen; er kam einen Schritt näher.

„Als ich den Berg herabkletterte“, sagte er, „entdeckte ich etwas Wunder-schönes. Dort oben ist alles kahl und grimmig, doch kam ich zu einer geschützten Stelle, wo die Sonne schien, und dort blühte eine wilde Rose. Eine einzige. Und ich dachte bei mir: So blühen Rosen, sogar an den einsamsten Stellen der Erde.“

* Ein Stein in der Mauer des Schlosses Blarney in der irischen Grafschaft Cork, der den, der ihn küßt, zum gewandten Schmeichler macht.

„Schon wieder Gedichtbuch!“ rief sie aus. „Warum haben Sie die Rose nicht mitgebracht?“

„Es gibt ein Gedicht, das uns lehrt, die wilde Rose an ihrem Strauch zu lassen. Dort wird sie weiterblühen; pflückte man sie jedoch, sie würde in wenigen Stunden verwelken.“

„Das kann man nie wissen. Vielleicht kommt heute Nacht ein Sturm und entblätterte sie. Wenn Sie sie jedoch gepflückt und sich an ihr gefreut hätten, so würde die Rose vielleicht ihren Zweck erfüllt haben.“

Welche Ueberlegenheit Hal auch immer ihr gegenüber empfunden haben mochte, sie ging nun in dem Staunen vor dem ewigen Geheimnis unter. Ob es das Mädchen mußte — beabsichtigt hatte oder nicht —, es hatte den ersten Sieg der Frau davongetragen, hatte des Mannes Denken gebannt, mit Neugierde erfüllt. Was meinte diese wilde Rose des Kohlenreviers?

Inzwischen beschäftigte sich die wilde Rose ruhig mit ihrer Wäsche, nicht ahnend, daß sie etwas Bedeutsames gesagt hatte; Hal Warner aber betrachtete ihr Gesicht und bedachte ihre Worte. Von einer verfeinerten Frau ausgesprochen, hätten sie nur eins bedeuten können: eine Ermüdung; doch lag kein Leidchlin in den grauen Augen des Mädchens, nur Traurigkeit. Was war diese Trauer in den Augen und Worten eines so jungen, so lebendigen Geschöpfes? War es die Melancholie ihrer Rasse, die aus den alten irischen Volksliedern tönt? Oder war es eine neue, eigenartige Melancholie, in den Kohlengruben Westamerikas geboren?

Die Züge des Mädchens waren ebenso verwirrend wie ihre Worte. Die grauen Augen lagen unter scharf gezogenen, dunklen Brauen, die nicht zu dem Haar paßten. Auch die Lippen waren scharf gezeichnet, fast ganz gerade, so daß es aussah, als wären sie mit Karminfarbe auf ihr Gesicht gemalt. All dies verlieh ihr, wenn sie einen anstarrte, einen lebhaften, verwirrenden Ausdruck: kühn, ein wenig trübselig. Lächelte sie aber, so erhielten die Lippen weichere Formen, die grauen Augen wurden wehmütig und anscheinend dunkler. Dieses irische Mädchen war wirklich anziehend, doch nicht leicht zu verstehen.

Hal fragte nach dem Namen seiner Bekannten. Sie nannte sich Mary Burke und meinte: „Sie sind gewiß noch nicht lange hier, sonst hätten Sie bestimmt von der „roten Mary“ gehört.“ In diesem Namen ist mein Haar schuld.“

„Sie haben recht, ich bin noch nicht lange hier“, erwiderte er, „hoffe aber, lange zu bleiben — und daran ist Ihr Haar schuld.“ Darf ich Sie einmal besuchen, Fräulein Burke?“

Tagungen der gelben Wertvereine, und der Führer der Nazi-Partei, war erst vor wenigen Wochen bei dem Groß-Industriellen Fritz Thyssen in Mülheim zu Besuch.

Als weiteren Bundesgenossen im Kampf gegen die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit müssen wir gegenwärtig besonders die Kommunistische Partei erwähnen. Dieser Partei kommt es nach ihrer ganzen Einstellung nicht auf eine positive Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft an, sondern ihr ganzer Zweck ist nur darauf eingestellt, die gewerkschaftliche Arbeit mit den unsaubersten Methoden herabzusetzen.

Auffstieg und Rückschlag.

Unser Verband, als die älteste und stärkste Organisation, hat zu allen wirtschafts- und sozialpolitischen aktuellen Fragen der Bergangehörigen und Gegenwart Stellung genommen sowie die den Bergarbeiterinteressen entsprechenden Forderungen erhoben und wirksam vertreten.

In der Zeit der besseren und ansteigenden Wirtschaftsjunktur sind nicht nur Lohn- und Gehaltssteigerungen erkämpft worden. Auch in der Sozialversicherung hatten wir während dieser Zeit eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen.

Die Leistungen der Pensionsversicherung in der Ruhrknappschicht betragen in Lohnklasse 4 in den Jahren 1913: 36 M., 1929: 84,50 M. und ab 1. Juli 1932: 73,20 M. monatlich.

Aus den wenigen angeführten Zahlen ist ersichtlich, daß in Zeiten wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufschwunges auch die Lebenshaltung der Bergarbeiter gebessert wurde.

Die Leistungen der Pensionsversicherung in der Ruhrknappschicht betragen in Lohnklasse 4 in den Jahren 1913: 36 M., 1929: 84,50 M. und ab 1. Juli 1932: 73,20 M. monatlich.

Aufbruch zum Sozialismus.

Nachdem Kamerad Schmidt die Lohn- und sozialpolitischen Verschlechterungsversuche sowie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Unternehmer und der Papen-Regierung dargelegt und kritisiert hatte, führte er zum Schluß aus:

Man glaubt, mit Subventionen und insbesondere auch den Steuergünstigkeiten den kranken Körper der privatkapitalistischen Wirtschaft wieder gesundmachen zu können. Wir teilen diese Auffassung nicht. Wir sind vielmehr auf Grund der Entwicklung in den letzten Jahren zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Zeit reif ist für einen planvollen Umbau der gesamten deutschen Wirtschaft.

Sie gab ihm keine Antwort, sondern warf einen Blick auf das Haus, in dem sie wohnte. Es war eine ungefrühen, dreieckige Holzstube, noch verhältnismäßig als die meisten hier; Schmutz und Nässe umgaben sie; was einmal ein Holzraum gewesen, war nun zerfallen, die Ueberreste wurden als Brennholz verwendet.

„Dort ich kommen?“ wiederholte er rasch seine Frage, damit sie nicht glauben möge, daß er ihr Heim mit allzu kritischen Augen betrachte.

„Frei!“ sagte das Mädchen und nahm den Wäschekorb auf. Er trat vor, vor ihr an, ihn zu tragen, doch ließ sie ihre Last nicht aus der Hand.

„Ich glaube, ich kenne niemanden von Ihren Nachbarn.“ Teilnahme Klang aus seiner Stimme, aber der Trost schwand demnach nicht von ihrem Gesicht.

Einer von Mary Burkes Aussprüchen — daß das Nordtal ein Ort der Hengste sei — wurde Hal gar bald klar und verständlich. Er tauchte den Erzählungen dieser Unterweltmenschen, bis es so weit kam, daß er jedesmal von Furcht erbebt, wenn er im Förderloch in die Tiefe fuhr.

In jenem Teil des Schachtes, wo Hal arbeitete, war ein brachiatrischer, mandelbühniger Koozeant namens „Cho“, „Strickreiter“. In dem Augenblick, als die langen Karrenreihen durch die Gänge zu verfahren, die Besichtigung „Strickreiter“ kam daher,

Dabei können wir uns nicht auf Anhänger und Vertreter privatkapitalistischer Anschauungen verlassen, auch nicht auf solche, die „angeblich“ eine neue Ordnung herbeiführen wollen. Strasser, der Führer der Nazi-Partei, hat erst kürzlich noch erklärt, seine Partei denke nicht daran, das Privateigentum der derzeitigen Gesellschaft anzutasten.

Wer das Privateigentum der Großindustriellen, der gemaltigen Konzerne und Trusts aber nicht antasten will, der ist auch nicht in der Lage, bessere und gesündere Verhältnisse herbeiführen zu können. Das Wort „Sozialismus“ ist daher in dieser Partei nur Zug und Trug.

Zu dem so notwendigen Umbau der Wirtschaft gehört als erste Voraussetzung die Gleichberechtigung des Arbeiters in Wirtschaft und Staat. Die Erhaltung der republikanischen und demokratischen Reichs- und Staatsverfassung ist daher eine der

wichtigsten Aufgaben der Gegenwart für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß der gegenwärtige Kampf um die persönliche Freiheit des Arbeiters ein Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ist.

Die dringenden Forderungen der Gegenwart für die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands sind daher:

- 1. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden;
2. Erhaltung und Ausbau der gesamten Sozialversicherung;
3. Sicherung des Tarif- und Kollektivrechts;
4. Gleichberechtigung der Arbeiter in Wirtschaft und Staat;
5. Umbau der Gesamtwirtschaft, Verstaatlichung des Bergbaues.

In diesem Kampf ist uns jeder willkommen, der heute noch abseits steht, der bereit ist, für Recht und Freiheit zu kämpfen.

Die Kaliindustrie in der Wirtschaftskrise.

Von allen Wirtschaftszweigen kann man die Kaliindustrie wohl als die gesundeste bezeichnen. Zwar hat die allgemeine Wirtschaftskrise mit ihren Verheerungen auf die betriebliche und materielle Struktur der Unternehmen hier und da deutlich ihre Spuren hinterlassen, trotzdem aber war die Kaliindustrie im Gegensatz zu fast allen anderen Industrien im allgemeinen in der Lage, sich mit einer beachtenswerten Kontinuität über die krisenmäßigen Einflüsse hinwegzusetzen.

Mit nachfolgendem soll versucht werden, unter Analyse der Bilanzmäßigen Zahlenmaterials der drei großen Kali-Konzerne im Verlauf der Jahre 1929 bis 1931 einen Überblick über die krisenmäßigen Einflüsse nach der produktions- und finanztechnischen Seite hin zu geben.

Umsatz und Syndikatsbeteiligung.

Bereits die nachfolgende Statistik zeigt die überragende Bedeutung dieser drei Konzerne, vom Gesichtspunkte des Absatzes und der Syndikatsbeteiligung betrachtet, wenn man das Ergebnis dem Gesamtumsatz (in Ds. K.O.) und der Gesamtumsatzbeteiligung (in 1000 Tausendstel) gegenüberstellt.

Table with 3 columns: Year (1929, 1930, 1931) and rows for companies: Burbach, Wintershall, Salzdetfurth, Wschersleben, Westeregeln, and Gesamtumsatz im Syndikat.

Während sich die ersten Krisenerscheinungen im Jahre 1930 durch einen Absatzrückgang von nur 3,2 Proz. gegenüber dem

Jahre 1929 kaum bemerkbar machten, setzte aber 1931 mit einem Vieferausfall von 28,9 Proz. gegenüber dem Vorjahre ein scharfer Produktionsrückgang ein. Ein gleicher Rückgang erfolgte ebenfalls in den Nebenprodukten. Auch im laufenden Jahre hielt dieser Rückgang weiter an.

Belegchäfts- und Tarifbewegung.

Der erhebliche Vieferausfall im Jahre 1931 hatte naturgemäß eine scharfe Zusammenlegung der Produktion innerhalb der einzelnen Konzerne zur Folge. Eine größere Anzahl Werke wurden außer Betrieb gesetzt, während auf den übrigen Werken durch Einlegung zahlreicher Feiertage verkürzt gearbeitet werden mußte.

Table showing Belegchäft bei den Konzernen for years 1929, 1930, 1931, including Burbach, Wintershall, Salzdetfurth, Wschersleben, Westeregeln, and Gesamtsumme.

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen, ist dem Produktionsrückgang des Jahres 1930 durch einen prozentual größeren Belegchäftsabbau vorgegriffen worden, während sich der Rückgang der Belegchäftsziffer im Jahre 1931 dem Vieferausfall dieses Jahres einigermaßen angepaßt hat.

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen, ist dem Produktionsrückgang des Jahres 1930 durch einen prozentual größeren Belegchäftsabbau vorgegriffen worden, während sich der Rückgang der Belegchäftsziffer im Jahre 1931 dem Vieferausfall dieses Jahres einigermaßen angepaßt hat.

Advertisement for '48. Woche' with text: 'Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 20. bis 26. November 1932'.

daß er auf dem schweren Eisenring saß, an dem der Strick befestigt war. Einmal lud er Hal ein, neben ihm Platz zu nehmen, und Hal tat es, obwohl er dadurch sowohl seinen Verdienst, als auch seine heilen Glieder gefährdete.

„Großer Staub!“ Hal sah auf dem Boden eine hohe Kohlenstaubschicht liegen, und auch auf den Wänden war der Staub so dick, daß man seinen Namen hätte hineinschreiben können.

Hal fragte am Abend, nach seinem Ritt mit Cho, Tim Rafferty, einen der Maultierreiter, ob es denn gegen diese Gefahr kein Mittel gebe. Es gebe wohl etwas, sagte Tim, das Geheß befehl, in den Gruben mit Luftziegelstaub zu streuen, doch hatte Tim während seines ganzen Lebens nur ein einziges Mal gesehen, daß diesem Geheß Folge geleistet worden war.

So war es auch mit den Vorsichtsmaßnahmen gegen Gas. Die Nordtalgruben waren besonders „gasig“. In den alten Gängen herrschte ein Gestank, als wären hier alle verfaulten Eier aller Geflügelgese der ganzen Welt aufbewahrt, und das schwefelige Hydrogen war noch das harmloseste, mit dem es der Bergmann auszunehmen hatte.

Die Gefahren vorzubringen, war die Pflicht des Feuer-aufsehers, der die Gruben abgrenzt, nach Gassen forscht, sich vergewissern mußte, ob die Bewetterung in Ordnung sei und ob die Ventilatoren ihre Arbeit verrichteten.

hatte frühmorgens seine Runde zu machen, denn das Geheß schrieb vor, daß niemand an die Arbeit gehe, ehe die Meldung erstattet war, daß alles in Ordnung sei. Wie aber, wenn sich der Feueraufseher verschlief oder betrunken war? Man konnte doch von der Gesellschaft nicht verlangen, daß sie aus diesem Grund Tausende von Dollars verlor.

Vor einem Jahre hatte sich eine derartige Katastrophe zugegetragen. Ein junger Maultierreiter, ein Kroat, erzählte darüber Hal, als sie zusammen ihr Mittagessen einnahmen.

So begriff Hal, weshalb das Nordtal ein Ort der Angst war. Was für Geschichten könnten diese alten Schächte erzählen, wenn sie eine Stimme besäßen! Hal beobachtete die zu ihrer Arbeit drängende Menge und entsann sich, daß laut amtlicher Statistik neun Mann von tausend zu einem gewaltsamen Tode vorherbestimmt waren, noch ehe das Jahr zu Ende, und ehe dreißig von tausend schwere Verletzungen erlitten würden.

Begriffen sie, daß die menschliche Gesellschaft Rohle haben mußte, und daß jemand die „schmutzige Arbeit“, sie damit zu versorgen, auf sich nehmen mußte? Hatte sie die Vision einer großen und wunderbaren Zukunft, die aus ihrem schlecht entlohnerten Schaffen erblichen würde? Oder waren sie ganz einfach Toren und Feiglinge, blind sich ergebend, weil sie weder den Willen noch den Bestand besäßen, anders zu handeln?

er wollte die innerste Seele dieser stummen, geduldigen Heere erkennen, die durch alle Zeiten hindurch ihr Leben in die Hände anderer gelegt hatten.

Tagung des Reichskohlenrats.

In der Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats am 17. November erstattete Bergbaupräsident Bannhold den üblichen Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. Er kennzeichnete die vorliegenden Besserungsmerkmale als einen ersten Anfang, von dem man nur hoffen und wünschen möchte, daß er sich weiter fortsetze und Bestand bekommt. Am ausgeprägtesten macht sich die Besserung im Absatz auf Verbrauchsbeteiligungen infolge der erhöhten Beschäftigung der Eisenindustrie bemerkbar. Außerdem hat der Absatz seine bekannte Krisenfestigkeit beibehalten, was insbesondere dem Braunkohlenbergbau zugute gekommen ist. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen würden sich im Bergbau erst allmählich durchsetzen. Immerhin sei zu begrüßen, daß die Feierschichtenzahl in starkem Maße zurückgegangen ist. Mit dieser Bewegung einher geht auch eine Verbesserung der Erlöse, die im weiteren Zuge der Konjunktur günstigere Ergebnisse erwarten lassen. In dieser Richtung wirkt auch die jüngst abgeschlossene deutsche Konvention, der sich neuerdings auch die holländischen Staatszweigen angeschlossen hätten und von der man wünsche, daß ihr auch der sächsische Bergbau beitrete. In bezug auf die Lage der internationalen Kohlenwirtschaft bemerkte Bannhold, daß die Engländer auf den nordischen Märkten eine sehr geschickte Propaganda für ihren Kohlenabsatz trieben, wobei ihnen die weitere Abschwächung des Pfundkurses und die deutschen Kontingentierungsbestrebungen, die namentlich in Dänemark arg verstimmt hätten, zugute kommen. Der Berichterstatter unterstrich noch einmal seine bekannte skeptische Haltung zur Frage der internationalen Kohlenverständigung, deren Dringlichkeit er bei einer weiteren Konjunkturbesserung für abnehmend hielt — eine Auffassung, die allen bisherigen Erfahrungen und Forschungen auf diesem Gebiete zuwiderläuft.

In der Diskussion wurde von Arbeitnehmerseite die Einpassung der neuen Konvention in den Rahmen der Kohlenwirtschaft behandelt. Während von Unternehmerseite und auch von der Geschäftsführung des Reichskohlenrats die Meinung geäußert wurde, es handle

sich hier um einen rein privaten, nicht genehmigungspflichtigen Vorgang, so stellten sich die Arbeitnehmervertreter auf den Standpunkt, daß das neue Zentral-Konventionsorgan der Kohlenwirtschaftsorgane unterliege und man die rechtliche und wirtschaftliche Seite der Angelegenheit sehr sorgfältig prüfen müsse. Dazu sei die Vorlage des Konventionstextes erforderlich. Die Unternehmer widersprachen. Gleichwohl soll nach Einbringung formulierter Anträge dieser Fall weiter verhandelt werden, wozu die Geschäftsführung des Reichskohlenrats eine eingehende Begutachtung des Vertrages vorsehen will.

Die anschließende gemeinsame Sitzung des Großen Ausschusses mit dem Reichskohlenverband erörterte die von den Bergarbeitervertretern beantragte zeitliche Anpassung eines Ende 1930 gefaßten Preisrahmenbeschlusses an die inzwischen veränderten Verhältnisse. Wertwürdigerweise widersetzten sich die Unternehmer dieser aus Ordnungsgründen gebotenen Textberichtigung und gaben damit dem Antrage eine höchst prinzipielle Bedeutung. Wenn die Unternehmer annehmen, auf diesem Wege die Preisfestsetzungsbesugnis des Reichskohlenrats auszuhebeln und das Mitspracherecht der Bergarbeiter und der Kohlenverbraucher schmälern zu können, so muß diese Haltung auf das entschiedenste bekämpft werden, weil sie geradezu zu einer Gefährdung der künftigen Konjunkturerholung werden kann. Mit der Ablehnung des Arbeitnehmerantrages, an der sich unverständlicherweise auch einige Verbrauchervertreter beteiligten, ist in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der vom Reichskohlenrat kürzlich eingesetzte Sonderausschuß, welcher Maßnahmen zur Herbeiführung einer größeren Gleichmäßigkeit in der Beschäftigung der Zechen und die Möglichkeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit in der Gestaltung der Arbeitszeit untersucht, legte seinen ersten Bericht vor. Die Untersuchungen werden auf Grund einer Enquête des Bergarbeiterverbandes über die ungleiche Verteilung der Feierschichten fortgeführt.

Freiheitstrieb.

Bei jedem Faustschlage,
bei jedem Keilhauehieb,
in Nächten wie am Tage
ist es der Freiheitstrieb,
der mit gewalt'gem Drange
den Busen mir durchglüht
und trotzend allem Zwange
noch helle Funken sprüht.

Der Drang, mich zu erretten
von der unwürd'gen Fron,
aus schänden Sklavenketten,
spricht jedem Drucke Hohn.
Ihn können sie nicht zwingen
mit ihrer Tyrannei,
er steigt auf Adlerschwingen,
von allen Banden frei. Heinrich Kämpchen.

Anspruchs. Mit dem Tage der Anerkennung oder der Abschlagszahlung beginnt die Verjährungsfrist von neuem. Das sicherste Mittel, um die Verjährungsfrist zu hemmen, ist die Einreichung einer Klage oder der Erlass eines Zahlungsbefehls; denn liegt ein Urteil oder ein anderer Vollstreckungstitel vor, so kann eine Forderung erst nach 30 Jahren verlorengehen.

In allen Zweifelsfällen wende man sich aber um Rat an eine zuständige Stelle, damit man vor Schaden bewahrt bleibt.

Irreführende Unfallziffern der Saar-Bergbehörde.

Das französische Oberbergamt in Saarbrücken hat zum Zwecke der Unfallverhütung im Bergbau ein Unfall-Bilderbuch herausgegeben, dem am Schluß fünf Seiten statistische Unfallvergleiche beigelegt sind. Es handelt sich um Gegenüberstellungen der Unfallziffern im Saargebiet aus der früheren Preußenzeit und der jetzigen Besatzungszeit und ferner um internationale Gegenüberstellungen der Jahre 1920 bis 1930. Bei den letzteren wird das Saargebiet den Ländern England, Frankreich, Belgien, Holland, den Vereinigten Staaten, ferner Preußen und dem Oberbergamtsbezirk Dortmund gegenübergestellt. Dabei schneiden die im Saargebiet herrschenden Franzosen gut ab.

Die Art der Gegenüberstellung erfordert jedoch Zurückweisung wegen statistischer Irreführung. Wenn ein Laie solche Gegenüberstellungen macht, so kann man ihm Unkenntnis zugute halten. Das französische Oberbergamt in Saarbrücken weiß aber, daß die Grundlagen der Statistiken solche Vergleiche nicht ohne weiteres zulassen; hat es doch selbst die früher im Saargebiet geltende preussische Grundlage umgewandelt in eine in Frankreich gebräuchliche. Zum mindesten hätte solchen Vergleichen der Hinweis auf die Ungleichheit der Grundlagen beigelegt werden müssen; damit wenigstens der Fachmann sich zu recht findet. Da dieses unterblieben ist, muß man schlußfolgern, daß die französische Saar-Bergbehörde mit Absicht auf unfairem Wege günstiges Licht für sich zu schinden versucht.

Bemerkung muß werden, daß der Saarbergbau mit seiner Unfallziffer (abgesehen von Massenunfalljahren) gegenüber anderen preussischen Steinkohlenbezirken immer günstiger dastand. So betrug die Verhältniszahl im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1915 im preussischen Steinkohlenbergbau: 575 591 Vollarbeiter zu 1425 tödlichen Unfällen = 2,48 auf 1000 Mann. Im Saargebiet betrug die Belegschaftsziffer im Durchschnitt des gleichen Zeitabschnittes 46 487 Vollarbeiter zu 56,5 tödlichen Unfällen = 1,22 tödliche Unfälle auf 1000 Mann. Der preussischen Unfallstatistik werden die „Vollarbeiter“ zugrunde gelegt. Das ist eine nach besonderer Errechnungsvorschrift festgestellte Größenordnung und zwar verfahrensweise Arbeitsziffern, vermindert durch die Zahl der Schichten für Ueberarbeit, geteilt durch Arbeitstage. Dieser Errechnungsmodus ist nur in Preußen im Gebrauch. Alle anderen Länder legen ihren Unfallstatistiken eingetragene Belegschaftsziffern zugrunde. Auf solch verschiedene Arten errechnete Verhältniszahlen können also unmöglich ohne weiteres gegenübergestellt werden. In Preußen sind nämlich nur die Arbeitsschichten zugrunde gelegt, in den anderen Ländern dagegen die eingetragenen Belegschaftsziffern, ganz gleich, ob große Teile der Belegschaft infolge Krankheits- oder Urlaubschichten überhaupt nicht gearbeitet haben, d. h. der Unfallgefahr gar nicht ausgesetzt wurden. Wenn man bedenkt, daß z. B. nebst den üblichen Krankheits- und Urlaubsschichten die Samstage vielfach wie Sonntage gefeiert werden, so kann man sich vorstellen, welche große statistischen Differenzen vorhanden sind.

Nun gibt das Oberbergamt Saarbrücken für die Jahre 1911 bis 1915 einen Durchschnitt von 1,496 tödlichen Unfällen auf 1000 Mann an. Es gibt als Quelle die „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preussischen Staate“ an. Die angegebene Ziffer differiert mit der von uns oben angegebenen. Wir haben diese Ziffer gleichfalls dieser Zeitschrift entnommen und zwar dem Jahrgang 1916, Statistischer Teil, Seite 45. Diese Ziffer wird in den folgenden Jahrgängen unverändert weitergeführt bis zum Jahre 1919, wo sie gleichlautend auf Seite 128 zu finden ist. Die Rubrik lautet: „Tödliche Verunglückungen im Steinkohlenbergbau Saarbrücken“.

Diese Ziffern stellt dann das Oberbergamt Saarbrücken die Unfallziffern des Saargebietes aus seiner Zeit gegenüber. Es ergeben sich z. B. durchschnittliche Verhältniszahlen für 1922 bis 1926 von 1,049, für 1924 bis 1928 von 1,158 auf 1000 Mann. Berücksichtigt man aber, daß diese Ziffern nach der französischen Grundlagendatenerrechnung errechnet wurden, also nach eingetragenen Belegschaftsziffern, wie unzulässig, ja, wie falsch dieses ist, kann man mit folgenden Zahlen, die gleichfalls vom Oberbergamt Saarbrücken stammen, belegen. Darnach ereigneten sich im 4. Vierteljahr 1931 auf den Saargruben 1577 Unfälle überhaupt, was nach Angaben des Oberbergamtes Saarbrücken auf 1000 Mann der Gesamtbelegschaft (einschließlich technische Angestellte) 28,60 ausmacht. Da die Belegschaftsziffern nicht angegeben werden, stellen wir sie durch Rückrechnung fest. Sie betragen 55 000. Nun führt aber diese Bergbehörde noch eine andere Statistik mit, die allerdings bei den Gegenüberstellungen nicht gebraucht wurde, nämlich die Unfallverhältniszahl auf 1 Million verfahrenen Schichten. Darnach sind im 4. Quartal 1931 auf 1 Million verfahrenen Schichten 478,74 Unfälle geschehen. Durch Rückrechnung ergeben sich etwa 3,3 Millionen Schichten im Zeitraum des genannten Vierteljahres. Diese durch 75 Arbeitstage (25 je Monat) geteilt, ergibt eine Vollarbeiterbelegschaft von 44 300. Diese Belegschaft zu 1577 Unfällen = 36,8 Unfälle auf 1000 Mann. Wenn auch diese Berechnung keinen

Neue Rechtsschuberfolge des Verbandes.

Im Jahre 1931 betrug der für das Ruhrrevier erstittene Rechtsschuberfolg des Verbandes 283 763 Mark. In Wirklichkeit sind es viele Millionen, da nur der unmittelbar für den Kläger erzielte Erfolg, nicht aber die für die Gesamtheit der Bergarbeiter erstrittenen Summen ermittelt werden können. In demselben Jahre sind im Ruhrrevier vom Verband 1597 arbeitsrechtliche und 1803 Rentenstreitprozesse geführt worden. Im laufenden Jahre hat die Zahl der Prozesse kaum nachgelassen. Daß sie nicht vergeblich geführt worden sind, mögen einige Fälle, die in der allerletzten Zeit gewonnen wurden, beweisen:

Unfallstreifachen.

1. Kamerad Julius L. (Essen-Frintrop) erhält vom 15. Jan. 1931 ab an Stelle einer 40prozentigen Unfallrente eine solche von 60 Prozent. Der aufgelaufene Rentenbetrag beziffert sich auf 610 Mark.
2. Kamerad Hermann R. (Herne) bezieht für eine Hodentuberkulose, die von der Knappschaftsberufsgenossenschaft anfänglich als Unfallfolge abgelehnt wurde, vom 1. Januar 1931 bis 31. Mai 1931 eine Rente von 50 Prozent und ab 1. Juni 1931 laufend eine Rente von 80 Prozent. Der nachzuzahlende Betrag beziffert sich auf 2103,12 Mark.
3. Dem Kameraden Franz B. (Lünen-Gahmen) ist an Stelle einer Unfallrente von 75 Prozent die Vollrente und außerdem ein Pflegegeld von 25 M. monatlich zugebilligt worden. Der Gesamterfolg beläuft sich neben der Erhöhung der Monatsrente auf 1574 Mark.
4. Der Witwe des verstorbenen Kameraden Michael J. (Essen-Steele) ist vom 22. Dezember 1930 ab die Elternrente in Höhe von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes zugesprochen worden. Die monatliche Rente beträgt 58,70 M., der bis zum 30. September 1932 nachzuzahlende Betrag beziffert sich auf 1226,46 Mark.
5. Dem Kameraden Adolf B. (Maffen) ist vom 29. Sept. 1929 an statt einer Rente von 20 bzw. 33 1/2 Prozent eine solche von 50 Prozent zugesprochen worden. Bis zum Urteilstage hatte Kamerad B. eine Nachzahlung von rund 1000 Mark zu beanspruchen.
6. Kamerad Sch. (Wattenscheid-Höntrop) erhält ab 1. April 1930 eine Rente von 20 Prozent der Vollrente. Der Gesamterfolg beziffert sich auf 622,80 Mark.
7. Im Falle des Kameraden Wilhelm R. (Essen-Steele) hat das Knappschaftsberufsgenossenschaft die Sektion II verurteilt, eine Rente von 30 Prozent zu zahlen. Bis zum Urteilstage waren 486,90 Mark nachzuzahlen.
8. Der Kamerad Franz W. (Waltrop) erhält ab 1. Juni 1930 eine höhere Unfallrente. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft mußte ihm 340 Mark nachzahlen.
9. Kamerad Hermann W. (Reddinghausen) erhält gleichfalls eine höhere Unfallrente. Die Nachzahlung beläuft sich bis zum Urteilstage auf 405 Mark. Eine Rente von 25 Prozent wird laufend gewährt.
10. Dem Kameraden Bruno H. hat das Knappschaftsberufsgenossenschaft vom 16. Januar 1932 an eine Rente von 25 Prozent zugesprochen. Der Erfolg beziffert sich auf 525 Mark.

Staublungenstreifachen.

1. Dem Kameraden August St. (Bochum-Weitmar) muß die Sektion II eine Staublungenrente in Höhe von 50 Prozent zahlen. Die Nachzahlung beziffert sich auf rund 840 Mark.
2. Kamerad Heinrich G. (Bochum) erhielt gleichfalls eine 50prozentige Unfallrente zugesprochen. Nachzahlung: 446,40 Mark.
3. Auch Kamerad Heinrich St. (Kamen) erhält eine Unfallrente von 50 Prozent ab 28. Januar 1930. Der aufgelaufene Rentenbetrag beziffert sich auf 2133,40 Mark.
4. Ebenso der Kamerad Adolf N. (Bochum), dem gleichfalls eine Unfallrente von 50 Prozent zugesprochen wurde. N. erhielt 1180,32 Mark nachgezahlt.
5. Kamerad Konstantin P. (Mittenböge) erhält statt einer Rente von 50 Prozent eine solche von 80 Prozent. Nachzahlung: 1422,40 Mark.

Knappschaftspensionsstreifachen.

1. Dem Kameraden Jakob J. (Mülheim) ist die knappschaftliche Invalidenpension nachgezahlt. Erfolg: 545,05 Mark.
2. Kamerad Simon Sch. (Witten-Heven) erhält ab 1. Jan. 1932 die Knappschaftspension. Nachzahlung 840 Mark.
3. Dem Kameraden Peter M. (Essen-Borbeck) ist im Vergleichsweg ab 1. Oktober 1931 die knappschaftliche Invaliden-

pension zu zahlen. Die Nachzahlung beziffert sich auf rund 500 Mark.

4. Kamerad Hermann B. (Oberhausen-Biefang) erhält die knappschaftliche Invalidenpension. Die Nachzahlung beträgt 520 Mark.
5. Dem Kameraden Hermann E. (Bochum-Bergen) ist die reichsgerichtliche Invalidenrente zugesprochen worden. Bis zum Urteilstage waren rund 320 Mark nachzuzahlen.
6. Dem Kameraden Hermann G. (Essen-Kray) ist die Invalidenpension ab 1. Januar 1932 erneut zugesprochen worden. Der bis zum Urteilstage aufgelaufene Rentenbeitrag beziffert sich auf 648 Mark.

Wie diese Aufstellung, die nur einen Bruchteil der in jüngster Zeit erzielten Erfolg wiedergibt, beweist, hat sich der Rechtsschutz des Verbandes für viele Bergarbeiter sehr vorteilhaft ausgewirkt.

Grundsätzliche arbeitsrechtliche Entscheidungen, die für die Bergarbeiter des ganzen Ruhrreviers von höchster Bedeutung sind, hat der Bergbauindustriearbeiterverband sehr viele erstritten. Urlaubsrecht, Deputatlohnrecht, Gehingrecht, das Recht der Mindestleistungsfähigen und anderes mehr würden ohne diese von der Organisation erstrittenen höchstgerichtlichen Entscheidungen viel ungünstiger sein als es der Fall ist. Durch diese Prozesse sind den Belegschaften Millionen abgerungen worden. Tausende, ja alle unorganisierten und andersorganisierten Bergarbeiter des Ruhrreviers haben, wenn auch nur mittelbar, an den Rechtsschuberfolgen des Verbandes profitiert. Jede günstig ausgefallene Landesarbeits- und Reichsarbeitsgerichtsentscheidung hat auch diesen Bergarbeitern Vorteile gebracht. Sie haben geerntet, ohne gesät zu haben!

Die Verjährung naht.

In wenigen Wochen geht das Jahr 1932 zur Neige und damit verjähren wieder eine große Anzahl von Forderungen. Nach § 195 des Bürgerlichen Gesetzbuches beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist zwar 30 Jahre, dieses gilt aber nur, soweit nicht die sogenannten kurzen Verjährungsfristen der §§ 196 und 197 BGB. in Betracht kommen. Deshalb ist die Kenntnis dieser Fristen, wenn der Jahresabschluss vor der Tür steht, von besonderer Wichtigkeit. Weiter ist notwendig zu wissen, welche Maßnahmen die drohende Verjährung verhindern kann.

Für alle Ansprüche aus den Rechtsgeschäften des täglichen Lebens beträgt die Verjährungsfrist zwei Jahre. Darunter fallen sämtliche Forderungen aus Dienstbezügen, wie Lohn, Urlaub und Deputat; weiter aus Warenlieferungen jeglicher Art, soweit sie für den eigenen Haushalt getätigt sind, ebenso Forderungen aus der Ausführung von Arbeiten, soweit sie ebenfalls für den eigenen Haushalt in Betracht kommen. Forderungen aus der leihweisen Ueberlassung von beweglichen Sachen, Krankenpflegekosten, Unterrichtsbeiträge fallen ebenfalls wie Honorar- und Gebührenforderungen der Rechtsanwälte, Ärzte, Hebammen, Gerichtsvollzieher, Zeugen und Sachverständigen unter die zweijährige Verjährungsfrist. Diese hier aufgeführten Forderungen verjähren mit Ablauf dieses Jahres, soweit sie also im Jahre 1930 entstanden sind.

Einige andere Forderungen unterliegen einer Verjährungsfrist von vier Jahren. Darunter fallen Ansprüche auf Miet-, Zins- und Pachtrückstände, Alimenter- und Pensionsforderungen und sonstige regelmäßig wiederkehrende Leistungen. Nach Ablauf des Jahres 1932 kann der Schuldner die Erfüllung solcher Forderungen, die im Jahre 1928 entstanden, verweigern, ohne daß dem Gläubiger noch ein Rechtsmittel zur Verfügung steht.

Für Schadenersatzforderungen aus unerlaubter Handlung beträgt die Verjährungsfrist nach § 852 BGB. drei Jahre und rechnet von dem Zeitpunkt an, an welchem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Erschuldigten Kenntnis erhalten hat. In allen anderen Fällen beträgt die Frist 30 Jahre.

Nun ist ein allgemeiner Irrtum verbreitet, nämlich, daß die Verjährung durch mündliche oder schriftliche Mahnung oder durch eingeschriebenen Brief unterbrochen wird. Das ist nicht der Fall. Wohl aber kann die Verjährung unterbrochen werden durch Abschlagszahlung oder durch besondere Anerkennung des

Anspruch auf Vollwertigkeit erheben kann, so zeigt sie doch die Unzulänglichkeit der vom Saarbrücker Oberbergamt vorgenommenen Gegenüberstellung sehr deutlich.

Die vom Saarbrücker Oberbergamt vorgenommenen internationalen Vergleiche zeigen auszugswweise folgendes Bild:

Table with 9 columns: Jahr, Saar-gebiet, England, Frankreich, Belgien, Holland, Preußen, Oberbergamtbez. Dortmund, Nr. Stunden. Rows for years 1924-1930.

Solche Vergleiche kann man nur, wie schon oben erwähnt, unter Berücksichtigung der Grundlagen vornehmen. Geschlecht das nicht, dann sind sie wertlos und irreführend.

Die letzte Chance des Kapitalismus.

Das war das Problem, das auf der öffentlichen Kundgebung des ADGB und des IFA-Bundes im Oktober d. J. zur Verhandlung stand.

Ruhrrevier. 30 Jahre Zahlstellenassessor.

Wilhelm Jung, Zahlstelle Essen-Heisingen, feierte dieser Tage das dreißigjährige Jubiläum als Zahlstellenassessor.

Neue kommunistische Lügen.

Aus Essen wird uns geschrieben: „Der Grubenarbeiter“, das Organ des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (EWB).

Achtung! Internationale Kundgebungen!

Der Internationale Bergarbeiterverband hat beschlossen, am 3. und 4. Dezember 1932 in allen Ländern große internationale Kundgebungen zu veranstalten für:

Verkürzung des Bergbaues, Verkürzung der Arbeitszeit, internationale Vertikalisierung über den Kohlenmarkt.

- In Deutschland finden folgende Kundgebungen statt: 3. Dez. für Gladbeck-Buer, 3. Dez. in Moers, 3. Dez. für Oberh.-Hamborn, etc.

Alles Nähere erfolgt durch örtliche Bekanntmachungen. Bergarbeiter, erscheint in Massen zu diesen Kundgebungen!

in der Zahlstelle Essen-Mitte mußte auf Druck der Opposition die Neuwahl der Zahlstellenleitung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Soviel Worte, soviele Lügen! Zur Richtigstellung folgendes: In der Zahlstellenversammlung am 27. September 1932 teilte der Ortsvertrauensmann den Kameraden mit, daß die Verbandsleitung beschlossen habe, die Generalsammlung im nächsten Jahre stattfinden zu lassen.

Aus dem oben Angeführten geht also klar und eindeutig hervor, daß von irgendeinem Druck der Opposition keine Rede sein kann.

Bezirk Aachen. Betriebsratswahlen auf Grube Maria.

Auf Notverordnung sollten für das Jahr 1932 die Betriebsratswahlen nicht stattfinden, sondern die im Jahre 1931 gewählten Betriebsräte sollten auch für die Amtsperiode 1932 weiter amtieren.

Die freien Gewerkschaften gewannen gegenüber der letzten Wahl 41, der christliche Gewerksverein 222, die Unorganisierten verloren 220 und gegen das Jahr 1930 596 Stimmen.

Für die Mitglieder und besonders für die Funktionäre der freien Gewerkschaften bzw. unseres Verbandes muß dieser kleine Erfolg Ansporn sein, weitere Aufklärungsarbeit in den Kreisen der Bergarbeiter zu leisten.

Verbandsnachrichten

- Bücherrevision. Essen-Hofferhausen. Vom 27. November bis 4. Dezember. Bücher bereit halten! Kranzspende. Aplerbeckermarkt. Für November und Dezember wird je eine Kranzspendemarke gefleht.

Die Arbeiterbant

Ist die Spartakasse für alle Gewerkschafts- und Vereinsgelder. Keinen Groschen auf andere Kassen!

Sparfame Raucher können, wieviel Geld sie durch den direkten Bezug ab Großfabrik sparen.

Ein Späterem der immer ihm die Arbeit kürzt und kräftig würgt! GEG. KAUTABAK aus seinem KONSUMVEREIN!

HONIG garantiert rein Bienen-Bienen-Säure, was die Bienen erzeugen. PHAUMENMUS Zehring, Ritter, Jägerfeldstr. 10.

Sport-Beruf-Kaufhaus Heeresgut Behördenwaren usw., guterhalten. MIL-Kopfschützer, (n. 0.90) 0.55, 0.35.

Korbmöbel Diesmal nur Praktisches! Flecht, Stroh, Stroh, Stroh, Stroh.

Für Eheleute! Schwangerschaft? Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis.

Billigste neue Gänsefedern mit Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 2.40, beste 2.90.

Taschenkalender 1933 ist in schönem Leinenband erschienen. Bestellungen nehmen die Vertrauensleute entgegen.

ZIGARILLO Havana Qualität vorzügliches Aroma Rücksendung u. Umtausch gestattet.

Große Farmer Viele Millionen bereits gel. ZIGARRE aus nur besten Ueberseetabaken in Handarb. hergestellt.

Delikates PHAUMENMUS bid mit Zucker eingekocht, ca. 10 Pf. - 10 Pf. - 10 Pf.

Käse billiger! 93% rote Angeln 3,40 200 Ganger Käse 2,20

echte Kamelhaarschuhe 195. Verlangen Sie noch heute den Gratis-Winterkatalog.

80 billige Schuhe auch Strümpfe z. B. Arbeitssocken 3 Paar 1.- M.

Togal unübertroffen bei Rheuma / Gicht Kopfschmerzen Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten.

Versand direkt an Private Musikinstrumente, Sprechapparate u. Harmonikafabrik.

SCHOKOLADE direkt ab Fabrik zu Großhandl.-Preisen.

Martin Pirsch Schokoladen-Fabrik Leipzig G 1 Windmühlenstr. 46.

Betten Stahl-, Holz-, Eisen-, Metall-, etc. mair an jeder Thür, Kat. fr. Eisenbahnfabrik Südbah.

Sächsische Bettfedern Fabr. P. Meyer, Beitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4.

Mate Tee Reiner, echt Brasilianer, 100% Tee.

Gummi hoch, stabil, gut, gratis. Neustädter Werks „Medicus“, Berlin SW 68.

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gutfüllende Sorten. 1 Kilo: graue gefüllte 2.50.

Drucksachen jeder Art, für Zahlstellen und Vereine, liefert preiswert. H. Hansmann & Co., Bochum. Weihnachtsgeschenke! Schmückinstrumente liefern wir bei allerbesten Qualität zu besonders billigen Preisen.

Selbstlade-Pistole Col. 6,35 7 Schüsseln, 7 Schüsseln, 7 Schüsseln.

Achtung! Sektore Existenz im Hause! Gesucht werden ehrliche Personen zu zwecks Errichtung einer Beschäftigung.

Neufabrikate MIL-Ohrsch. 0.43, MIL-Falsch. 0.15, MIL-Schulter. 0.80.

Aus uns. Schuhwaren-Abt. Sol. 2-Schuh. 5.90, Sol. 1-Schuh. 5.90, Sportstiefel. 9.90.

Konkurrenzlos, Garantieschein 1.3 Jahre Gute Taschenuhr nur M. 1.60